

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 27.02.2013

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 09:00 Uhr - 12.00 Uhr

Sitzungspausen: 10.10 Uhr - 10.20 Uhr; 11.10 Uhr - 11.20 Uhr

Ende: 12:00 Uhr

Anwesend:

Frau Aufderheide	(als Vertreter für Frau Heinrich)
Herr Aufderheide	
Herr Baum	Vorsitzender
Frau Böllhoff	
Herr Heuer	
Herr Kläs	
Frau Röder	
Frau Schmieder	

Stellvertretende Mitglieder

Frau Eraslan
Herr Huhn
Frau Lawrenz
Herr Winkelmann

Beratende Mitglieder

Herr Jung (CDU)	
Frau Schneider (SPD)	(bis 11.45 Uhr)
Frau Wilmsmeier (FDP)	
Frau Niemeyer (Die Linke)	

Behindertenkoordinatorin mit beratender Stimme

Frau Krutwage Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Verwaltung

Herr Moritz	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Feix	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Wörmann	Projektbüro für integrierte Sozialplanung und Prävention
Frau Prizebilla-Voigt	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Frau Busch-Viet
Frau Schönemann
Herr Müller
Herr Helmer

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Amt für Schule - Kommunales Bildungsbüro
Amt für Schule
Amt für Verkehr

Schriftführung

Frau Daube

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und schlägt vor, den Top 14 nach Top 11 zu behandeln.

- die Mitglieder stimmen der Änderung zu -

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 32. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 19.12.2012

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 32. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 19.12.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Genehmigung der Niederschrift über die 33. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 23.01.2013

Beschluss:

Die Niederschrift über die 33. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 23.01.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4 Mitteilungen

Zu Punkt 4.1 Besetzung des Beirates für Behindertenfragen

Frau Daube teilt mit, dass die BfB ab dem 01.02.2013 keinen Fraktionsstatus mehr habe. Frau Thielke und Frau Köttnitz seien als beratende Mitglieder im Beirat für Behindertenfragen ausgeschieden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.2 Stellungnahme zum Hochbahnsteig Brackwede/Hauptstr.

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.3 Pressemitteilung zur Errichtung einer weiteren Gesamtschule

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.4 Petition gegen geplante Kürzungen der Prozesskosten- und Beratungshilfe

Herr Winkelmann teilt mit, dass die geplanten Neuregelungen (**Anlage 1**) den Zugang zu Prozesskosten- und Beratungshilfe verschlechterten. Einkommensschwache Personen werden in ihrem Rechtsschutz benachteiligt und könnten ihre Rechte dann nicht mehr wie bisher wahrnehmen. Weitere Informationen zum Gesetzesentwurf enthält das Dokumentations- und Informationssystem des Deutschen Bundestages unter <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/470/47084.html>.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.5 Wohnungsmarktbericht NRW 2012

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass der Wohnungsmarktbericht NRW 2012 der Geschäftsführung vorliege und dort eingesehen werden könne.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.6 Resolution der LAG-Selbsthilfe NRW - "Hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderungen ist nicht akzeptabel"

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte

Mitteilung.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.7 Resolution der LAG-Selbsthilfe NRW - "Recht auf inklusive Bildung"

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.8 Änderung des Personenbeförderungsgesetzes - Barrierefreiheit unter Beteiligung des Beirates

Vorsitzender Herr Baum informiert, dass das Personenbeförderungsgesetz (**Anlage 2**) geändert worden sei und gem. § 8 Abs. 3 der Nahverkehrsplan nun die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen berücksichtigen solle. Für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs werde bis zum 01.01.2022 eine vollständige Barrierefreiheit angestrebt. Bei der Aufstellung des Nahverkehrsplanes seien auch Behindertenbeiräte frühzeitig zu beteiligen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.9 Ausbildung zum/zur Taubblinden-Assistenten/in

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass ab Mai 2013 vom Förderverein für hör- und hörsehbehinderte Menschen in Recklinghausen zum 5. Mal eine Ausbildung zum/zur Taubblinden-Assistenten/in angeboten werde (**Anlage 3**).

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.10 Demo gegen Rechts am 18.03.2013

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass am 18.03.2013, um 09.30 Uhr das Bündnis gegen Rechts zu einer Demonstration gegen menschenverachtenden Rassismus und Islamfeindlichkeit aufgerufen habe, und bittet die Mitglieder sich dieser Demonstration anzuschließen. Treffpunkt sei an der Gütersloher Str. (Höhe Realmarkt).

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.11 Ausstellung "Suizid - keine Trauer wie jede andere"

Frau Daube weist darauf hin, dass die o. a. Ausstellung vom 06. bis 14.03.2013 im Neuen Rathaus, 1. Etage, Flur G stattfindet.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.12 "Überall dabei" - Das inklusive Filmfestival in Bielefeld vom 11.04. - 17.04.2013

Frau Aufderheide verweist auf das ausliegende Programmheft zum inklusiven Filmfestival in Bielefeld.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.13 Hinweisschilder auf vorhandene IR-Anlagen für Hörgeschädigte in städtischen Sitzungsräumen

Frau Aufderheide bittet, die vom Hörgeschädigtenzentrum Bielefeld angefertigten Hinweisschilder an den mit einer IR-Anlage ausgestatteten Räumen anzubringen

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 4.14 Appell zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes in Bielefeld

Vorsitzender Herr Baum bittet die Mitglieder des Beirates den Appell von Bielefeld pro Nahverkehr zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes zu unterstützen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...-

Zu Punkt 5 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Anträge

**Zu Punkt 6.1 Sitzmöglichkeiten in der Fußgängerzone
(Antrag von zwei Beiratsmitgliedern vom 19.02.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5383/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum erläutert den Antrag. Die Mitglieder begrüßen den Antrag und bitten bei der Aufstellung weiterer Sitzgelegenheiten die gesamte Fußgängerzone der Innenstadt zu berücksichtigen, auf eine senioren- und behindertengerechte Ausstattung (Sitzhöhe und seitliche Armlernen) zu achten und den Beirat für Behindertenfragen bei den Planungen zu beteiligen.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen bittet die Verwaltung sich dafür einzusetzen, dass in den Fußgängerzonen der Innenstadt weitere Sitzbänke unter Beteiligung des Beirates aufgestellt werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 7 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien
und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme und des Beirates)**

Herr Winkelmann hat an den Sitzungen des **Sozial- und Gesundheitsausschusses** und des **Seniorenrates** teilgenommen. Themen waren u. a. der Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5 und eine Präsentation zum Thema „Versorgung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen in Bielefeld“ mit Blickwinkel auf die Anzahl der Krankheitsfälle und die Inanspruchnahme von Hilfeangeboten. Laut Bielefelder Suchtbericht gäbe es 10.000 bis 12.000 Alkoholabhängige. Herr Winkelmann fügt an, dass bei der Bekämpfung dieser sogenannten legalen Drogen im Verhältnis zu den illegalen Drogen eine Unterfinanzierung gegeben sei.

Frau Röder berichtet aus dem **Schul- und Sportausschuss**.

Themen waren u. a.

- Neubau einer Mensa an der Grundschule Dornberg, Vorstellung der Planungen.
- Planung eines Schulrestaurants ("Mensa") für das Rudolf-Rempel-Berufskolleg (RRBK)
Herr Otterbach vom ISB berichtete, dass die Erreichbarkeit für

Rollstuhlfahrer wegen des vorhandenen Gefälles nur eingeschränkt möglich sei. Herr Baum schlägt vor, Einzelheiten im Arbeitskreis „Bebaute Umwelt, Verkehr“ zu erörtern.

Vorsitzender Herr Baum hat an der Sitzung des **Stadtentwicklungsausschusses** teilgenommen. Thema war dort u. a. der Neubau eines Hochbahnsteiges am Klinikum Mitte.

Frau Röder berichtet aus dem **Arbeitskreis „Bildung“**. Es wurde u. a. mit verschiedenen Landtagsabgeordneten über die Problematik des Einsatzes von Integrationshelfern diskutiert.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 8

Betreuungsrechtliche Zwangsbehandlung

Herr Moritz von der Betreuungsstelle der Stadt Bielefeld teilt mit, dass nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 20.06.2012 nun eine gesetzliche Neuregelung zur betreuungsrechtlichen Einwilligung in Zwangsmaßnahmen (§ 1906 BGB) erfolgt sei. Das Gesetz trete am 26.02.2013 in Kraft. Die Änderungen in § 1906 BGB beinhalteten nun die Voraussetzungen für die richterliche Genehmigung einer ärztlichen Zwangsmaßnahme, die dem Willen des Betreuten zu wider läuft. Weiterhin habe es Änderungen im Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) gegeben. Neu sei, dass bei der Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsbehandlung die Bestellung eines Verfahrenspflegers stets erforderlich werde. Zum Verfahren und zur Praxis könne in einer der nächsten Sitzungen berichtet werden.

Die Fragen von Herrn Winkelmann vom 26.09.2012

1. Wie wird bei der Stadt Bielefeld mit den Problemen aus der Änderung des § 1906 BGB umgegangen?
2. Wie verhält sich die Justiz (Betreuungsgericht beim Amtsgericht Bielefeld) in diesen Fällen?
3. Gibt es Anlaufstellen zur Beantwortung der Fragen zum Verfahren?

werden von Herrn Moritz wie folgt beantwortet:

Zu 1.): Die örtliche Betreuungsbehörde der Stadt Bielefeld informiert in Vortragsveranstaltungen und berät die rechtlichen Betreuer und Bevollmächtigten, sowie sonstige Bürger zu konkreten Fragestellungen des § 1906 BGB. Weitere Beratung erfolge auch bei den Bielefelder Betreuungsvereinen, den Patientenberatungen und Dienststellen der Stadt Bielefeld (z. B. Heimaufsicht, Pflegeberatung).

Zu 2.): Es liegen bisher keine Angaben über die Anzahl der genehmigten Fälle vor. Die Genehmigungsverfahren unterliegen beim Amtsgericht einer sehr gründlichen richterlichen Prüfung.

Zu 3.): Fragen zum Verfahren können beim Betreuungsgericht und der Örtlichen Betreuungsbehörde gestellt werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Sitzungspause: 10.10 Uhr bis 10.20 Uhr

Zu Punkt 9

Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5 - Soziales

hier:

a) Vorstellung der Zielmatrix für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

b) Vorstellung der Zielmatrix für das Projektbüro für integrierte Sozialplanung und Prävention und Umsetzung des Themenschwerpunktes 2013 - "Vereinsamung und Isolation (im Alter)"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5247/2009-2014

Herr Wörmann und Herr Feix informieren zur Historie der Zielmatrix für das Jahr 2013 und erläutern den Zielplanungsprozess. Die Ergebnisse aus der Präventionskonferenz am 01.10.2012 (fachlicher Austausch mit den Verantwortlichen im Sozialbereich über Ziele und Arbeitsschwerpunkte der kommunalen Sozialpolitik) und interne Planungsworkshops führten zu der Zielmatrix in der vorliegenden Form. Die darin aufgeführten Maßnahmen seien Maßnahmen, die aus 2012 fortgeführt würden und fachliche Schwerpunkte setzten. Innerhalb des Dezernates gebe es ein dreigliedriges Controllingverfahren:

- Controlling des Haushaltsvollzuges,
- Überprüfung der HSK-Maßnahmen,
- Zielmatrix: Maßnahmen werden durch Ziele beschrieben, die in 2013 erreicht werden sollen, der Grad der Zielerreichung werde anhand von einem oder mehreren Indikatoren gemessen. Berichte über die Umsetzung der Maßnahmen und den Stand der Zielerreichung erfolgen jeweils zu den Tertialsterminen.

Durch den vorliegenden Zielplanungsprozess solle die inhaltliche Arbeit des Sozialdezernates transparent werden und die Ziele und Zielerreichung soll nachvollziehbar sein.

Im Anschluss beantworten Herr Wörmann und Herr Feix Fragen. Vorsitzender Herr Baum bittet um Erläuterung, wie die Umsetzung der Maßnahme „Erstellung eines Inklusionsplanes“ konkret erfolgen werde. Herr Wörmann teilt mit, dass nach der Zielmatrix in diesem Jahr zunächst die Erarbeitung eines Konzeptes und die Organisation von Beteiligungsprozessen vorgesehen sei.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10

Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5 - Soziales

hier:

a) Vorstellung der Zielmatrix für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt

b) Vorstellung der Zielmatrix für das Projektbüro für integrierte Sozialplanung und Prävention und Umsetzung des Themenschwerpunktes 2013 - "Kein Kind zurücklassen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5248/2009-2014

Frau Prizebilla-Voigt verweist auf die einleitenden Ausführungen von Herrn Wörmann und Herrn Feix zu Top 9. Bei den in dieser Vorlage aufgeführten Maßnahmen handele es sich ausschließlich um eine Darstellung der Arbeit des öffentlichen Trägers.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 11

Teilnahme der Bildungsregion Bielefeld am Landesprojekt 'Vielfalt fördern' mit Schulen der Sekundarstufe I

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5293/2009-2014

Frau Schönemann erläutert die Vorlage, in der das Projekt ausführlich beschrieben ist. Auf die Nachfrage, warum die Bertelsmann-Stiftung Kooperationspartner sei, führt sie aus, dass diese über die notwendigen Ressourcen verfüge, um Fachtagungen, Workshops etc. durchzuführen.

Die Mitglieder des Beirates begrüßen die Bestrebungen des Landes NRW zur Förderung der Entwicklungsvielfalt, gerade im Hinblick auf die Anforderungen der UN-Konvention zum inklusiven Unterricht und die Teilnahme der Bildungsregion Bielefeld am Landesprojekt „Vielfalt fördern“.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2013/2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5277/2009-2014

Frau Busch-Viet erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Mitglieder des Beirates. Die angestrebte Bedarfsdeckung von ca. 43 % werde erreicht. Die ausgewiesene Anzahl von 339 Integrationsplätzen entspreche dem derzeit bekannten tatsächlichen Bedarf. Nachmeldungen seien möglich.

Beschluss:

1. Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt der Fachverwaltung, den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2013/2014 bis zum 15.03.2013 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

	Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
la	343	1.313	3.216	
lb	1.511			
lc	2.675			
IIa	25	25		
IIb	282	282		
IIc	1.287	1.287		
IIIa	578		578	
IIIb	1.966		1.966	
IIIc	3.039		3.039	
Summe	11.706	2.907	8.799	650**

Stand: 18.01.2013

***Abweichungen gegenüber den Daten in der Anlage „Kindergartenbedarfsplanung“ ergeben sich aus der Tatsache, dass nicht alle Plätze über das KiBiz NW gefördert werden, insofern in dieser Vorlage keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).**

****Inkl. 50 Reserveplätze Tagespflege.**

2. Gegenüber dem Land NRW werden auf der Basis der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, 339 Integrationsplätze gemeldet. Sollten im laufenden Kindergartenjahr weitere Bedarfe vorliegen, wird die Verwaltung beauftragt, diese nachzumelden.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2012/2013 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2014 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2013 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Neubau eines Hochbahnsteiges am Klinikum Mitte

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5296/2009-2014

Herr Helmer erläutert die Vorlage. Der Stadtentwicklungsausschuss habe in seiner Sitzung am 27.09.2011 die Verwaltung beauftragt für die Haltestellen

- im Bereich der Hauptstraße
- Ravensberger Straße (Marktstraße)
- Heidegärten
- Krankenhaus Mitte

Planungen für eine barrierefreie Gestaltung zu erarbeiten. Für einen Hochbahnsteig am Klinikum Mitte bestehe ein vordringlicher Bedarf. Die Verwaltung habe in Abstimmung mit moBiel eine Variantenuntersuchung durchgeführt und Abstimmungsgespräche mit Vertretern des Klinikums und des Bauamtes geführt. Im Folgenden geht Herr Helmer auf die Ergebnisse dieser Untersuchung ein, erläutert die verschiedenen Varianten und informiert zum weiteren Vorgehen. Das Amt für Verkehr favorisiere die Variante 4. Diese liege im heutigen Haltestellenbereich. Auch hier sei der Bau eines Hochbahnsteiges wegen der engen Bebauung problematisch aber mit Einschränkungen (nur eine Zugangsrampe zum Bahnsteig) machbar. Es werde empfohlen vor einer Entscheidung die Anlieger zu einer Informationsveranstaltung einzuladen.

- der Beirat nimmt den Bericht über den Variantenvergleich zur Kenntnis -

-.-.-

Sitzungspause: 11.10 Uhr bis 11.20 Uhr

Zu Punkt 14 Einrichtung integrativer Lerngruppen in weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2013/14

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5348/2009-2014

Herr Müller erläutert die Vorlage.

Derzeit fehlten zum kommenden Schuljahr ca. 10 bis 28 Plätze in integrativen Lerngruppen, je nachdem, welche Schüleranzahl durch Einzelintegration versorgt werden könnte. Unter dem Aspekt eines wohnortnahen Schulangebots hätten sich die Schulleitungen und schulischen Gremien von 4 weiterführenden Schulen bereit erklärt, weitere integrative Lerngruppen einzurichten. Die gesunkenen

Anmeldezahlen an der Martin-Niemöller-Gesamtschule entlasteten die hohe Belegung der Schulräume und schafften Freiräume für eine zweite integrative Lerngruppe, ohne einen Rechtsstreit mit der oberen Schulaufsicht über die Zügigkeitsbegrenzung führen zu müssen. Das geplante 9. Schulrechtsänderungsgesetz sehe die Bildung von integrativen Lerngruppen letztmalig zum Schuljahr 2013/14 vor, die dann auslaufend fortgesetzt werden könnten. An ihre Stelle trete die Unterrichtsform des „Gemeinsamen Lernens“ und solle in allen Schulen gewährleistet werden. Es sei jedoch bereits abzusehen, dass sich das Gesetzgebungsverfahren verzögere.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt der Stadt Bielefeld der Bezirksregierung Detmold die Zustimmung zu erteilen, an den folgenden weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2013/14 integrative Lerngruppen gem. § 20 Abs. 8 Schulgesetz NRW einzurichten:

1. Brackweder Realschule
2. Gesamtschule Rosenhöhe
3. Gesamtschule Stieghorst
4. Martin-Niemöller-Gesamtschule.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 15 Geschäftsordnung für den Beirat für Behindertenfragen
- Entwurf -**

- vertagt -

-.-.-

**Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 16.1 Umgestaltung der Otto-Brenner-Straße zwischen Haus Nr. 238
und Detmolder Straße sowie der Osningstr. zwischen
Detmolder Straße und Haus Nr. 86 im Rahmen der geplanten
Fahrbahndeckensanierungen**

Frau Daube teilt mit, dass lt. Mitteilung des Amtes für Verkehr nach der stattgefundenen Bürgerversammlung zur Vorlage 4317/2009-2014 eine 3. Nachtragsvorlage erstellt werde. Da der Beschluss des Beirates für Behindertenfragen zur Gestaltung der freien Rechtsabbieger nicht betroffen sei, werde die 3. Nachtragsvorlage nur noch in der Bezirksvertretung Stieghorst und dem Stadtentwicklungsausschuss behandelt.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

...

Zu Punkt 17 **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten.

Baum
Vorsitzender

Daube
Schriftführerin